



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/103

27.8.1948

Die einzige Besatzungspartei

R.B. Es gehört als fester Bestandteil zur Ostzonen-Propaganda, zu behaupten, im Westen habe jede Besatzungsmacht "ihre" Partei, die dafür Sorge, daß die Bevölkerung amerikanisiert, anglisiert oder französisiert werde. In Wirklichkeit gibt es in Deutschland nur eine Besatzungspartei - in der Ostzone, wo einer bestimmten politischen Richtung die Aufgabe der Sowjetisierung offiziell übertragen und von ihr kritiklos übernommen wurde.

Abgesehen davon, daß die Deutschen bislang in allen vier Zonen keine volle Handlungsfreiheit besitzen, ist es einfach Unsinn, von irgend einer Partei im Westen zu sagen, sie habe sich zum willigen Werkzeug einer Besatzung machen lassen. Als die Generale den Ministerpräsidenten der Westzonen ihr Programm einer staatlichen Neugestaltung vorlegten, lehnten die Länderrepräsentanten - zur besonderen Enttäuschung des Generals Clay - sehr vieles ab und kamen mit Gegenvorschlägen, obwohl sie sämtlich hervorragende Mitglieder von Parteien sind, denen im Osten Besatzungshörigkeit nachgesagt wird. Die unerträglich hohen Besatzungskosten sind Anlaß zu ständiger Kritik, besonders der parteigebundenen Organe, deren Tonart in dieser Angelegenheit noch einen Grad schärfer ist, als die der sogenannten überparteilichen Blätter. Ähnlich wird die Frage der Demontagen behandelt: weder Parteien noch Gewerkschaften scheuen sich, gegen die Maßnahmen "ihrer" Besatzungsmacht Stellung zu nehmen. Es kam in diesem Zusammenhang zu Streiks und Amtsniederlegungen, die von keiner Partei etwa im "Interesse eines guten Einvernehmens mit der Besatzungsmacht" kritisiert wurden. Ebenso sind gewisse Auswirkungen der Währungsreform gerade von Seiten der Parteien, hier vornehmlich der SPD, eindeutig negativ kommentiert worden, obwohl die Währungsreform ausschließlich eine Arbeit der Mil.-Regierungen war. Wer aber zwei Zeitungen der Westzonen zur Hand nimmt, wird in mindestens einer von ihnen etwas finden, was die jeweilige Besatzung gerade nicht als Schmeichelei auffassen kann.

Ist es eigentlich noch notwendig, damit die Verhältnisse in der Ostzone zu kontrastieren? Dort sprechen die Menschen, wenn sie laut reden, die Sprache der Zeitungen, Spruchbänder und Plakate. Am vorjährigen Parteitag der SED, im Oktober 1947, gab der höchste politische Offizier der Sowjetischen Militär-Administration in Deutschland, Oberst Tulpanow, den Funktionären dieser Partei direkte Anweisungen

mit der Erklärung, die Besatzung "unterstütze" voll die Organisationen der SED. Die SED wurde von den Russen geschaffen und von ihnen mit allen Mitteln gefördert. Sie bildet einen Staat im Staate und empfängt ihre Anweisungen von ihren Schöpfern. Die SED verlangt, daß sich Kinder und Lehrer, Künstler, Ärzte, Betriebsräte, Hauswarte, Bauern und Studenten zur "Herstellung der ideologischen Einheit" in ihre Kolonnen einreihen; wer es ablehnt, hat Benachteiligungen und Schlimmeres zu erwarten. Diese Partei hat aufgrund ihres Verhältnisses zur Mil.Reg. ungeheure materielle Vorteile.

In der SED-Presse wird man vergeblich nach einem Kommentar oder einer Nachricht suchen, die die Russen in einem ungünstigen Licht zeigen könnten. Die Sowjetisierungs-Aufgabe der SED wird auch durch das sehr krasse Auflagenverhältnis ihrer Zeitungen zu denen anderer Richtungen gefördert. In Thüringen kommen wöchentlich etwa 2 1/2 Millionen SED-Zeitungen heraus und nur 120 000 Exemplare der anderen politischen Richtung. Außerdem übt die SED eine Zensur absolut im Sinne der Besatzung aus. Die liberale "Norddeutsche Zeitung" in Mecklenburg wollte sich gegen eine angeordnete Demonstration wenden - der SED-Betriebsrat der Druckerei verhinderte die Veröffentlichung. Das CDU-Organ "Der Demokrat" in Schwerin kritisierte einen SED-Landrat - die Zeitung wurde auf Anweisung der Mil.Regierung beschlagnahmt.

"Helden der Arbeit" gibt es jetzt auch in der Ostzone. Die SED rief zu einem "edlen Wettstreit der Betriebe" und "zur Leistungssteigerung pro Kopf der Belegschaft" auf. Die Siebentagewoche im Bergbau, Dienstverpflichtungen, Zwangsarbeit und Registrierungen - all das wird von der SED mit Eifer unterstützt, weil es die russische Mil.Reg. so verlangt. Sämtliche Gewerkschaften werden von den Mitgliedern der SED repräsentiert, die offensichtlich immer schlechtere Ernährungsgelegenheiten der Ostzone wird von der SED als das genaue Gegenteil dargestellt, weil ihre Mil.Reg. dafür verantwortlich ist. In den Thüringer Volksschulen sagen die Klassen-Ältesten vor jedem Unterricht Aussprüche und Zitate Lenins oder Stalins auf, und wer in Russisch eine schlechte Note erhält, soll nicht versetzt werden. Russische Filme, russische Bücher und russische Theaterstücke erhalten in den Spalten der SED-Gazetten grundsätzliche eine gute Kritik. Eine Nebenorganisation dieser Partei ist der ID (Informations-Dienst), der den leitenden Parteistellen ein wirklichkeitstreuere Bild über die wahre Volksstimmung übermitteln soll - ein vollkommener Spitzeldienst, wie er in totalitären Staatsordnungen üblich ist.

Wer diese wenigen Beispiele mit dem Verhalten der Parteien in den Westzonen vergleicht, kann sich sein Urteil selbst bilden. Weder auf der Straße, noch in den Parlamenten, noch in den Versammlungen oder in Zeitungen wird man Anzeichen dafür finden, daß irgend eine Gruppe von Menschen im Auftrage einer Besatzungsmacht etwas Ähnliches unternimmt, wie es in der Ostzone selbstverständlich geworden ist.

Zweigleisigkeit der italienischen Kommunisten bleibt

E. A. M. Verona

Die Volksfront ist tot - es lebe die Volksfront! Mit diesem ins kommunistische abgewandelten bekannten Wort eines nicht weniger totalen Systems ist man versucht, den letzten Weisheitsschluss der italienischen Kommunistenführung zu bezeichnen. Eine Schlappe nach der anderen hat die PCI seit den Aprilwahlen hinnehmen müssen. Der Generalstreik im Juli und die Volksfront sind eines wenig rühmlichen Todes gestorben. Ob es sich allerdings um einen definitiven oder nur um zeitweiligen Scheintod handelt, wird die nächste Zukunft lehren.

In einer kürzlichen Veröffentlichung der Parteileitung wird übrigens die alte Linie rückhaltlos weiter verfolgt: Appell an die "demokratischen" Kräfte, sich anzuschließen. Das alte Volksfrontmotiv Togliattis legt also noch und auch er selber wurde trotz aller Behauptungen hervorragender sozialistischer Genossen nicht für politisch tot erklärt. Eine Reinigung der Parteikader, wie sie von der Gegenpresse mehrfach gemeldet wurde, blieb unerwähnt. Wert wird nur auf das weitere regelmäßige Wachsen gelegt. Die alte Zweigleisigkeit, die Macht demokratisch oder durch andere Mittel zu erlangen, wird also nicht aufgegeben. Nachdem die alte Volksfront offiziell zu Grabe getragen ist, feierte sie bereits ihre Auferstehung: die politischen Eltern dieses kommunistischen Verschleiерungsunternehmens betrachten "die organisatorischen Fesseln als überholt", aber "verpflichten sich zur Einhaltung einer gemeinsamen Aktionslinie, die im einzelnen von Fall zu Fall festgelegt wird."

Die unbestrittenen kommunistischen Niederlagen der vergangenen Wochen haben die nichtkommunistische Öffentlichkeit und eine Anzahl Leitartikler der Presse zu optimistischen Schlussfolgerungen veranlasst. Politische Kreise können sich aber der Einsicht nicht verschließen, dass der Nährboden kommunistischer Agitation bisher nicht merklich verringert wurde. Die Wirtschaftslage Italiens stagniert, wenn sie sich nicht gar verschlechtert. In den Spalten der Presse und Sitzungen des Ministerrats nimmt freilich die Zahl von Aufbauplänen ständig zu. Projekte, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden sollen, gibt es reichlich, aber die Möglichkeiten zu ihrer Verwirklichung sind gering. Hierzu hat allerdings zu sagen, dass Italien die durch den Krieg verfahrenene Wirtschafts- und Finanzlage im Innern in ihrem ganzen Ausmass erst jetzt zu spüren bekommt; die Inflationspolitik der ersten Nachkriegszeit konnte In- und Ausland über die Wirklichkeit hinwegtäuschen. Die Massnahmen Einaudis und De Gasperis haben mit Illusionen im Interesse einer Gesundung langsam aber sicher aufgeräumt. Ob die italienische Regierung die gegenwärtige wirtschaftliche Kraftprobe ebenso zu meistern versteht wie bisher die politische, ist noch zweifelhaft.

In diesem Zusammenhang ist die wenig glückliche Entwicklung bei den Gewerkschaften zu erwähnen. Wenn die durch die Teilung des Gewerkschaftsvermögens wohl unwiderruflich gewordene Spaltung durch eine

skrupellos kommunistische Politik veranlasst wurde, so muss sich erst noch zeigen, ob das gerade veröffentlichte Wirtschaftsprogramm der italienischen Regierung den abgesunkenen Lebensstandard der Massen tatsächlich wieder heben kann und ob die politische Notwendigkeit einer Gewerkschaftsspaltung sich auch als eine für die praktischen Lebensbedürfnisse der breiten Massen nützliche Massnahme erweist.

Der Putschversuch in Berlin

sp. Aus allen Berliner Informationen geht hervor, dass es sich bei den Vorgängen am Donnerstag um nichts anderes als einen Putschversuch der SED gehandelt hat, sich auf diesem Wege in den Besitz der Macht zu setzen. Dieses Ziel ist nicht erreicht worden. Die Vorgänge selbst kamen für alle mit den Berliner Verhältnissen Vertrauten nicht überraschend.

Der sowjetische Stadtkommandant von Berlin, General Kotikow, hatte bereits vor Wochen, massgebende SED-Funktionäre zu sich berufen und ihm sein stärkstes Missfallen darüber ausgedrückt, dass es dieser Partei nicht gelungen ist, sich in Berlin durchzusetzen und die allein massgebende politische Position zu erringen. Er forderte sehr nachdrücklich dazu auf, mehr Aktivität zu entwickeln und das Versäumte nachzuholen.

Das ist seitdem mehrmals, gestern besonders offenkundig, versucht worden. Es sind in den nächsten Tagen durchaus neue, ähnliche Ereignisse möglich, in deren Verlauf die vollkommene Teilung der Stadt Berlin in eine östliche und eine westliche Hälfte vollzogen wird. Auch in London schenkt man der neuesten Entwicklung in Berlin größte Aufmerksamkeit. Wie weit die Westalliierten entschlossen sind, daraus ihrerseits Konsequenzen zu ziehen, lässt sich nicht ohne weiteres sagen, zumal die Beantwortung dieser Frage weitgehend von den Moskauer Verhandlungen abhängt.

(m/1/27.8/hs)

Arbeitsplatz nach eigener Wahl

-e Düsseldorf

Zu einem der allmählich unerträglich werdenden Andenken an die Hitlerperiode und den Krieg gehört die aufgehobene Freizügigkeit des Arbeiters. Noch heute ist er - besonders in den "Mangelberufen" - an seinen Betrieb gefesselt und nicht in der Lage, seinen einzigen Besitz, seine Arbeitskraft, so zu verwenden, wie sie ihm am vorteilhaftesten erscheint. Immer wieder hören Zeitungen, Gewerkschaften und politische Parteien Klagen und Beispiele, wie verheerend sich die Fessel des Arbeiters auswirkt. Es nutzt den Arbeiter gar nichts, wenn er weiß, daß ein anderer Betrieb seine Arbeitskraft weit besser und für ihn ertragreicher verwerten kann, als sein augenblicklicher Betrieb; es hilft ihm auch wenig, daß das andere Unternehmen ihn recht gern zu besserem Lohn beschäftigen möchte: solange sein Un-

ternehmer dem Arbeitsamt erklärt, daß er den Arbeiter selber braucht, kann ein Wechsel des Arbeitsplatzes nicht erfolgen.

Schlimmer noch ist es bestellt, wenn der neue Betrieb außerhalb seiner alten Gemeinde liegt; dann folgen Umzugsverbote und Verweigerung der Zuzugsgenehmigung mit all ihren Folgen. Es ist gewiß richtig; die unerhörte und durch die Kriegszerstörungen verursachte Wohnungsnot macht bestimmte Vorsichtsmaßnahmen notwendig. Aber es kann unmöglich die einzige Wirkung solcher Maßnahmen sein, den Arbeiter wie ein Stück totes Material an einen Platz zu zwingen und ihn wie einen Sklaven zu behandeln, der man einmal zu diesem und keinem anderen Betrieb gehört.

In einer Wirtschaft, die soweit von sozialistischer Gemeinwirtschaft entfernt ist wie die unsere, ist die einseitige "Bewirtschaftung" der Arbeitskraft eine moralische und politische Unmöglichkeit. Hitlers Diktatur konnte dem Arbeiter neben anderen Freiheiten auch die der Freizügigkeit rauben, konnte ihn an nur eine Gemeinde und nur einen Betrieb fesseln und ihn hindern, sich und seine Arbeitskraft dort einzusetzen, wo es ihm selber am vorteilhaftesten schien. Heute sollte das aufhören und die Funktionen der Arbeitsämter sollten auf das Notwendigste beschränkt werden.

Jetzt verlautet, daß man in Frankfurt die Absicht hat, die Zwangsbewirtschaftung der Arbeitskraft aufzuheben. Die Absicht ist vortrefflich und gerade der Arbeiter wird die Durchführung dieses Vorhabens begrüßen. Doch wie bei den meisten der Frankfurter Entscheidungen, besteht auch hier die Gefahr der Außerachtlassung bestimmter sehr wesentlicher Arbeiterinteressen. Es würde von großem Nutzen sein, wenn die Verwaltung für Arbeit vor ihren Entschlüssen auch die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter nicht nur hören, sondern gemeinsam mit ihnen die längst fälligen Gesetze ausarbeiten und danach den zuständigen Organen zur Annahme vorlegen wollte.

Tiefstand der Polemik

sp. Nachdem er von dem "blödsinnigen Angriff der SED" gegen die Wirtschaftspolitik Professor Erhard's gesprochen hatte, erklärte der Handelskammerpräsident Augsburg, Vogel, auf einer kürzlichen Tagung der Vereinigten Industrie- und Handelskammer der Bizone, daß die SPD nur deshalb die Zwangswirtschaft wieder herbeisehne, um die unerhörte Korruption wieder aufleben zu lassen, für die sie ja einen erheblichen Teil der Menschen stelle.

Gerade erst am letzten Donnerstag hat der geschäftsführende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat mit aller Deutlichkeit festgestellt, daß die SPD nicht für Zwangswirtschaft eintrete; das geschähe auch vordem immer wieder. Die Behauptung des genannten Herrn Vogel ist eine bewusste Irreführung, aber solche Verdrehungen ist man gewohnt. Neu ist dagegen die Form der damit verbundenen Verleumdung, die der SPD unterschiebt, sie wolle die Korruption, um sich an ihr zu bereichern. Damit ist ein Grad an Verkommenheit in der politischen Kampfführung erreicht, der an die Blütezeit nationalsozialistischer Agitation erinnert.

Die SPD in Zahlen

PKK. Einem alten, im vorigen Jahr zum ersten Mal nach dem Zusammenbruch wieder aufgenommenen Brauch folgend, hat der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anlässlich des Parteitages in Düsseldorf (11. - 14. September 1948) einen Rechenschaftsbericht über die bisher geleistete Arbeit vorgelegt - das "SPD-Jahrbuch 1947".

Vom Krankenbett aus hat Dr. Schumacher einen einleitenden Aufsatz "Von der Idee der Gestaltung" geschrieben, an dem die Klarheit der Konzeption und die Schärfe der Formulierung besticht. Er gipfelt in der Erkenntnis, daß die Einheit und Freiheit der Nation nur durch Eroberung der sozialen Gerechtigkeit errungen werden kann.

Neben dem eigentlichen Textteil des Jahrbuches, in dem die Arbeit der Partei in den Zonen und in Berlin geschildert wird, in dem alle Fragen der sozialen Gesetzgebung, des Verhältnisses zu den Alliierten, die Probleme der Demontage und des Marshallplanes und viele andere beleuchtet werden, interessieren vor allem jene Kapitel, die in kniffligen Zahlen einen Einblick in die Entwicklung der SPD geben. Die Mitgliederbewegung wird durch zwei Zahlen gekennzeichnet: 1.059 Ortsvereine wurden neu gegründet (Gesamtzahl am 31.12.47 = 9.191) und 188.291 neue Mitglieder wurden gewonnen. Damit verfügt die SPD in 40 Prozent aller selbständigen Gemeinden über eine feste Organisation, ihr Mitgliederbestand ist mit 875.500 wiederum beträchtlich der Million nähergerückt, 53.000 von diesen neuen Mitgliedern sind Frauen, der weibliche Anteil ist im Berichtsjahr von 15,4 auf 18,3 Prozent gestiegen. Die Jungsozialisten vereinen in über 1000 Arbeitsgemeinschaften mehr als 100.000 junge Deutsche.

Von den 24 Parteibezirken ist der Bezirk Westliches Westfalen mit 106.004 Mitgliedern der größte. Braunschweig ist der am besten durchorganisierte Bezirk, da in 96,5 Prozent aller Gemeinden Ortsvereine der Partei bestehen, und Schwaben verweist auf den höchsten Frauenanteil mit 28,4 Prozent. Über die größte Zahl an Ortsvereinen verfügt mit 1.240 der Bezirk Hannover.

Im Kapitel über die Finanzen wird auf Heller und Pfennig belegt, wie diese Summen als Beträge für Wahlen, für Agitation, für Bauten und für Organisationsnotwendigkeiten im Sinne ihrer Spender politisch wirksam werden. Fast 10 Mill. Mark wurden an Mitgliedsbeiträgen gezahlt, der Parteivorstand allein gab von seinem geringen Anteil an dieser Summe (das meiste Geld bleibt bei den Ortsvereinen, Kreisen, Unterbezirken und Bezirken) fast 700.000 Mark für Werbezwecke aus. Wie die Entwicklung der Organisation und Mitgliedschaft sowie die Ergebnisse der einzelnen Wahlen zeigen, wurde dieses Geld durchaus nützlich angewandt. Die wenigsten politischen Organisationen sind in der Lage, einen ebenso rückhaltlosen Rechenschaftsbericht über die Herkunft und den Verbleib ihrer Mittel zu geben.

Auch die Presse berichtet von einer beachtlichen Aufschwung. Neben dem "Sozialdemokratischen Pressedienst" und dem "Sozial-Informationsdienst" gab es zum Jahresende 15 sozialdemokratische und zwei partei-

nahs Zeitungen mit einer Gesamtauflage von 2 536 000 Exemplaren. Tausende von Broschüren, Flugblättern und Plakaten wurden trotz allen technischen Schwierigkeiten und trotz der drückenden Papiernot den Bezirken zur Verfügung gestellt.

Ein kleiner Abschnitt beschäftigt sich mit den Auslandsgruppen der SPD. Aus ihm geht hervor, daß die Partei bereits wieder in 9 europäischen und 13 außereuropäischen Ländern eigene Gruppen besitzt oder zumindest engen Kontakt mit deutschen Sozialdemokraten pflegt.

Über die Arbeit sozialdemokratischer Politiker in den einzelnen Ländern der Westzonen und in Berlin gibt eine "Übersicht über die Länderpolitik" Aufschluß. Eine Zusammenstellung "Wahlresultate" macht deutlich, daß die SPD mit 563 von 1416 Abgeordneten im demokratischen Deutschland (also ohne die Ostzone) die stärkste Partei ist.

Es ist mehr als eine Geste, wenn die SPD einen Rechenschaftsbericht der Arbeiterwohlfahrt, einer befreundeten Organisation, in ihrem Jahrbuch aufnimmt. Hat doch der "Große Bruder Partei" seiner "kleinen Schwester AWO" von dem Moment an energisch zur Seite stehen müssen, in dem deren Aufgaben sich aus dem Caritativen heraus zur Einflußnahme auf Gesetzgebung und Verwaltung hin entwickelten. 80 000 Helfer und Helferinnen versuchen, die krassste Not unter den Ärmsten der Armen zu lindern. 1200 Nähstuben, 200 Kindergärten, zahlreiche Volksküchen, Wärmestuben und Jugendlesestuben wurden errichtet, 40 000 Großstadtkinder fanden Erholung in Ferienlagern an der See oder in den Bergen. Daneben gibt es 84 ständige Heime mit fast 7000 Betten für alle jene Mitglieder unserer Gesellschaft, die zu jung oder zu alt, zu krank oder schwach sind, um sich selbst zu helfen.

"Hilfe für Notleidende ist unsere erste Aufgabe. Unser wichtigstes Anliegen aber ist es, daß Not und Unrecht verhindert wird". Dies Wort aus dem Schlußbericht über die Arbeiterwohlfahrt ist zugleich der ideelle Hintergrund der ganzen Arbeit der SPD, über die das Jahrbuch in nüchternen Darstellung und mit trockenem Ziffernmateriel berichtet.

"Der deutsche Eisenbahner"

sp. Am 15. August ist die erste Nummer des Organs der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, "Der deutsche Eisenbahner" in Frankfurt/M. erschienen. Die Zeitung wird monatlich zweimal in einer Auflage von 60.000 Exemplaren gedruckt, sie wird laufend zu den aktuellen Gewerkschaftsfragen der Eisenbahner Stellung nehmen und darüber hinaus sich mit Fragen der Wirtschaft und des Wiederaufbaus beschäftigen.

"Genossin" regelmäßig

sp. Unter der Redaktion von Berta Gotthelf erscheint von nun ab regelmäßig einmal im Monat das SPD-Blatt für Funktionärinnen "Genossin" in Kleinformat mit 32 Seiten Umfang. In diesem Zentralblatt für die Funktionärinnen der SPD wird zu allen, die Frauen besonders interessierenden Fragen Stellung genommen.

Verantwortlich: Peter Raunau